

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Unterstützung der Demonstrationen für Demokratie und Toleranz und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT –

- A. unter Hinweis auf die 1986 vom Rat, von der Kommission und vom Parlament unterzeichnete feierliche Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
- B. unter Hinweis auf den Bericht seines zweiten Untersuchungsausschusses über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und die darin enthaltenen Empfehlungen,
- C. unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
- D. tief besorgt über die erneute starke Zunahme rassistischer und antisemitischer Ausschreitungen in den letzten Monaten in zahlreichen europäischen Ländern, insbesondere die Angriffe auf Personen, die Brandstiftungen und die Morde, sowie unter Verurteilung der von bestimmten politischen Parteien Europas gezeigten Sympathiebekundungen für nazistische Einstellungen –
 - 1. ist besorgt darüber, daß die demokratiefeindlichen und intoleranten Ideologien, wie sich praktisch überall in Europa an den Ausschreitungen und auch an den Wahlergebnissen zeigt, an Boden gewinnen;
 - 2. fordert alle demokratischen Parteien der Gemeinschaft auf, sich klar und eindeutig dafür einzusetzen, dieser Welle rassistischer und antisemitischer Gewalttaten ein Ende zu setzen, dahin gehend zu intervenieren, daß die bürgerlichen und politischen Rechte der ethnischen und religiösen Minder-

heiten anerkannt und gewährleistet werden und daß eine Politik verfolgt wird, die allen die gleichen Chancen bietet; fordert die Kommission auf, die Einwanderungsorganisationen sowie die Vereinigungen zur Verteidigung der Interessen der Minderheiten und zur Bekämpfung von Rassismus zu unterstützen;

3. begrüßt es, daß Bürger aufstehen, um friedlich und unter Wahrung der bürgerlichen Freiheiten, aber dennoch eindrucksvoll und entschlossen einer Gefährdung der Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft entgegenzutreten;
4. grüßt die vielen tausend Menschen, die in Deutschland, in Paris und in Mailand demonstriert haben, und diejenigen, die am 22. März 1992 in Brüssel auf die Straße gehen werden;
5. begrüßt dieses übereinstimmende Vorgehen für ein Europa der Menschenrechte, der Solidarität und der Toleranz;
6. fordert die Institutionen der Gemeinschaft und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, sich auf diese Kräfte zu stützen, um das Fundament einer lebendigen Demokratie zu festigen;
7. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat, der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Enrico Vinci
Generalsekretär

J. W. Peters
Vizepräsident